

800 Spitalsbetten werden „eingespart“ Gesundheitsvorsorge in Gefahr?

Schock für die Steirer: Bis zum Jahre 2010 sollen in den steirischen Spitälern bis zu 780 Betten entfernt werden. Die KPÖ lehnt diesen Kahlschlag ab.

Fast 800 Spitalsbetten weniger in der Steiermark wünscht sich die steirische Spitalsführung – die dramatische Kürzung sollen durch das weitere Verringern der Verweilzeit der Patienten in den Krankenhäusern erreicht werden.

Aber: Schon jetzt gibt es in Graz zu bestimmten Zeiten Engpässe bei den Spitalsbetten. Da kommt es immer öfter vor, dass die Rettung Patienten zur Erstaufnahme ins LKH bringt, von wo die Kranken wegen der übervollen Stationen weiter ins LKH West gebracht werden müssen.

Dazu kommt, dass noch pflegebedürftige Patienten immer früher entlassen werden. Dieser Trend wird sich durch die geplanten Bettenreduzierungen noch verschärfen, warnt die KPÖ. Es

gibt viel zu wenige Pflegeeinrichtungen für eine Nachbetreuung – die Pflege wird auf die Familien abgeschoben, die damit fast immer überfordert sind.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Renate Pacher: „Unsere Gesellschaft ist reich und produktiv wie noch nie.



Die Menschen haben ein Recht auf eine optimale Gesundheitsversorgung. Statt einer Fließbandabfertigung in den Spitälern brauchen wir die Erschließung neuer Geldquellen zur Finanzierung unseres Gesundheitssystems; etwa durch einen steuerlichen Zugriff auf den Reichtum.“ Sie wird sich im Landtag dafür einsetzen, dass die Bettenreduzierung verhindert wird.

Die alten Menschen im Visier

Die Diskussion um die Pflege zielt darauf ab, alte Menschen zu verunsichern und jüngeren eine Pflegeversicherung aufzuschwatzen.

Es vergeht kaum ein Tag, an dem uns nicht vorgerechnet wird, welche Probleme durch das Älterwerden entstehen. Wir haben den Verdacht, dass mit dieser Diskussion die Zustimmung zu privaten Pflegeversicherungen erreicht werden soll.

Wenn die Menschen nun älter werden, dann ist dies auch ein Verdienst der älteren Generation, die dieses Österreich aufgebaut hat. Diese Generation hat dazu beigetragen, dass Technik und Wissenschaft so entwickelt sind, dass wir nun mit

weniger körperlichen Mühen unser tägliches Brot verdienen und mehr Möglichkeiten besitzen, die Menschen länger gesund zu erhalten.

Seien wir also froh und dankbar über die Chance, heutzutage älter werden zu können. Ältere Menschen liegen nicht nur auf der faulen Haut und fahren auf Urlaub. Sie leisten wertvolle, unentgeltliche Arbeit für Gesellschaft und Familie und sind mit ihrer Pension oft noch eine finanzielle Stütze für ihre Angehörigen.

Die Achtung gegenüber

älteren Menschen muss sich auch bei der Pflege ausdrücken. Daher ist der Vorschlag des BZÖ unsinnig, Arbeitslose für die Pflege heranzuziehen. Wir brauchen ausreichend Pflegeeinrichtungen und gut geschultes Pflegepersonal, das auch die innere Einstellung für die Pflege besitzt!

Die Finanzierung und Organisation der Pflege in Österreich ist eine gesellschaftliche Aufgabe und muss von der öffentlichen Hand ausreichend finanziert werden. Darauf haben die Menschen, die ihr ganzes Leben lang Leistungen gegenüber der Gesellschaft erbracht haben, einen Anspruch.

KOMMENTAR

Pflegenotstand?

Die hitzige Diskussion um die Probleme bei der Pflege älterer und behinderter Menschen könnte ausgehen wie das Hornberger Schießen. Vor der Wahl rauchen die Köpfe der Parteistrategen. Nach der Wahl wälzt man die Kosten für die Pflege auf die Angehörigen ab.

Schon jetzt muss man Angst davor haben, dass die Eltern nicht mehr auf sich schauen können und Pflege brauchen. Das kann eine Familie in existenzielle Probleme stürzen.

Jetzt redet man von Pflegeversicherung und von Pflegefonds. Aber man muss in den Budgets Vorsorge dafür treffen und nicht den Menschen Versicherungsmodelle aufschwätzen, von denen in erster Linie die Versicherungsgesellschaften profitieren.

Man darf nicht mit dem Finger auf die Angehörigen zeigen, die mit Pflegerinnen aus dem Ausland über die Runden kommen. Denn die heimischen Dienste gibt es noch nicht rund um die Uhr – und leistbar wären sie auch nicht. Deshalb sind die Pflegekräfte aus dem benachbarten Ausland unentbehrlich und müssen legal hier arbeiten können. Aber sind auch Bundeskanzler Schüssel und Bundespräsident Fischer so arm, dass sie sich die österreichischen Angebote nicht leisten können?

Auf keinen Fall darf man neue Belastungen für die Allgemeinheit erfinden. Nach der Wahl können Vorstöße wie der nach einer Pflegeversicherung für Kinderlose ganz plötzlich aktuell werden. Diese neuen Belastungen müssen wir gemeinsam verhindern. Das ist die Haltung der KPÖ in der Steiermark.

Franz Stephan Parteder